

Antrag Nr. 2

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 8. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 9.11. 2017
der Arbeiterkammer Niederösterreich**

KöSt: Keine weiteren Steuergeschenke an Unternehmen

Die „Schieflage“ des österreichischen Steuersystems ist – auch im OECD-Vergleich - evident. Da das Land für Unternehmen, Konzerne und Großvermögen Zug um Zug in ein Steuerparadies umgebaut wurde, speist sich das Steueraufkommen mittlerweile zu annähernd zwei Drittel aus den beiden Massensteuern (Lohn- und Mehrwertsteuer), sprich: zum Überwiegenden aus den Einkommen der Beschäftigten.

Dem nicht genug, forcieren die Interessensverbände und Wirtschaftsvertreter des österreichischen Kapitals, in Phalanx mit dessen brachialsten Kräften „seines“ „politischen Personals“ weitere Steuergeschenke an „die Wirtschaft“.

Im Aufgriff von Donald Trumps Wahlslogan blies Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl zu Jahresende 2016 mit seinem markigen „Make Austria great again“ zum Halali im Kontext des anvisierten, Billionen Dollar schweren Radikalumbaus des US-Steuersystems zugunsten der Reichen, Konzerne und Großverdiener. Das Steuersenkungs-Credo des Immobilien-Milliardärs in Übersee soll die nicht abebben wollenden Steuergeschenke-Gelüste der Unternehmen auch hierzulande nochmals richtig befeuern helfen und in Schwung bringen.

Demgemäß dringt der bisherige Finanzminister Hans Jörg Schelling seit geraumer Zeit drauf, die unter Schwarz-Blau schon von 34% auf 25% gedrückte Unternehmenssteuer (KöSt) - dem damals zweitniedrigsten Wert unter den alten EU-Staaten, mit dem einher die damalige Bundesregierung zugleich den europäischen Steuersenkungswettbewerb regelrecht weiter anheizte - in einem zweiten Akt auf 20% zu senken.

Dabei stammen nach den, dem Kapital zugeschanzten, Steuergeschenken der letzten Jahrzehnte schon jetzt nur mehr lediglich knappe 5% der Steuereinnahmen aus den Gewinnen. Unter dem Mantra des „Standortwettbewerbs“ systematisch entlastet und von Schwarz-Blau zudem noch mit der Gruppenbesteuerung beschenkt, entschlagen sich die Kapitalgesellschaften mehr und mehr der Abgaben an den Fiskus. Entsprechenden AK-Analysen zufolge lag die durchschnittliche Steuerleistung der 570 wichtigsten Kapitalgesellschaften so realiter jüngst denn auch bei nur 17,4%, jene der Banken im Schnitt sogar bei bloß 7,4%. Nichts desto trotz trommeln deren Interessensvertreter diverser Couleurs in konzederter Aktion verstärkt nach weiteren Steuerzuckerln.

In eine flankierende Kerbe schlägt des Längeren denn auch Industriellvereinigungs-Präsident Georg Kapsch mit der Forderung nach einer der Halbierung der KöSt auf 12,5% bei einbehaltenen Gewinnen.

Ein Ansinnen das sich Eins zu Eins von der Industriellenvereinigung übernommen auch im aktuellen Wirtschaftsprogramm der FPÖ findet, um dem Begehrt der Unternehmen und Konzerne in der kommenden Legislaturperiode den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Um nochmals eine Facette weiter geht die Forderung des Wahlprogramms der ÖVP, das die Körperschaftssteuer auf nicht entnommene Gewinne gleich abzuschaffen gedenkt. (Kostenpunkt: mindestens 4 Mrd. Euro.)

Welche der Varianten am Horizont im Einzelnen auch auf uns zurollen mögen, alle würden die heimischen Unternehmen je in weiterer Milliarden-Höhe von ihrem Beitrag an die Allgemeinheit entlasten. Nicht genug, dass die Gewinne auf Kosten der Arbeitseinkommen seit Jahrzehnten regelrecht durch die Decke schießen, sollen sie scheint's mehr und mehr nahezu gänzlich steuerfrei gestellt werden!

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Niederösterreich:

- *Die AK NÖ spricht sich für ein klares Nein zu jeder weiteren KöSt-Nivellierung aus*
- *Die AK NÖ fordert demgegenüber einen Stopp der Gewinnsteuervermeidungen und die Durchsetzung einer effektiven 25%igen Besteuerung*
- *Die AK NÖ untersucht mit den ExpertInnen im Haus Möglichkeiten einer mittelfristigen Wiederanhebung und progressiven Ausgestaltung der bisher als Flat-Tax gestalteten Körperschaftssteuer*